

2. Tag der geschlossenen Tür in den offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen freier Träger Donnerstag, den 27.06.2019

Am Donnerstag, den 27.06.2019, werden wieder weit über tausend Frankfurter Kinder und Jugendliche in ganz Frankfurt vor den verschlossenen Türen zahlreicher Kinderhäuser, Jugendhäuser; Mädchentreffs, Abenteuerspielplätze sowie der aufsuchenden Jugendarbeit stehen. Dies ist für die jungen Menschen die schmerzhaft und frustrierende Folge einer nicht auskömmlichen Finanzierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in freier Trägerschaft, die 85 % dieser Freizeit-, Bildungs- und Beratungsangebote vorhalten. Betroffen sind davon Kinder und Jugendliche in allen Frankfurter Stadtteilen, unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer Herkunft. Insbesondere wird es aber Kinder und Jugendliche betreffen, die von Armut und sozialer Benachteiligung betroffen sowie häufig von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind.

Der 2. #tag_der_geschlossenen_tuer ist Konsequenz der Minderfinanzierung dieses Fachfeldes, die die politisch Verantwortlichen im Frankfurter Römer ohne Rücksicht auf einen anderslautenden Beschluss des Jugendhilfeausschusses im kommunalen Haushalt am 28.02.2019 beschlossen hat. Die jahrelange Deckelung dieser Zuschüsse bei kontinuierlichen Kostensteigerungen für Personal, Liegenschaft und Sachmittel ignoriert die realen Lebens- und Arbeitsbedingungen in der wachsenden Stadt Frankfurt am Main. In diesem Zug hat die Römerkoalition zusätzlich stillschweigend ihren politischen Kurs zulasten der jungen Frankfurter*innen grundlegend geändert, indem sie ihren eigenen Koalitionsvertrag ignoriert, der 2016 nach intensiven Verhandlungen als bedeutsames politisches Vertragswerk öffentlich gefeiert wurde.

Im Koalitionsvertrag von CDU, GRÜNE und SPD für 2016-2021 steht:

„Ein wichtiger Baustein einer gelingenden nachhaltigen Integration in einer wachsenden Stadt und einem gelingendem Zusammenleben einer steigenden Zahl von Bürgern Frankfurts ist der Ausbau von Jugendfreizeiteinrichtungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (2015 ca. 90.000 Menschen zwischen 6 und 21 Jahren, 2006 waren es ca. 80.000) ... Hierfür wollen wir die organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen.“ (Seite 22f)

... Die freien Träger der Sozial- und Jugendhilfe erbringen eine Vielzahl von Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger im Auftrag der Stadt. Wir werden im Verlaufe der Wahlperiode dafür sorgen, dass sich die Tarifierhöhungen in den Leistungen an die Träger wiederfinden. Wir werden wie bei anderen Zuschussempfängern sicherstellen, dass die vereinbarten Tarifreueverpflichtungen eingehalten und die Angebote regelmäßig evaluiert werden.“(Seite 22)

Statt wie bekundet und erforderlich die offene Kinder- und Jugendarbeit in der wachsenden Stadt auszubauen, deckelt die Kommunalpolitik seit 2015 die Zuschüsse und der Magistrat kürzt damit Jahr für Jahr systematisch die Angebote und Möglichkeiten der Einrichtungen, die seit vielen Jahrzehnten einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zu Demokratie, Bildung, Erziehung und kultureller Teilhabe für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien in den jeweiligen Stadtteilen leisten. Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein fester und unverzichtbarer Baustein der Stadtgesellschaft und Beitrag zur Sicherung des sozialen Friedens in der Stadt. Daher ist die Erarbeitung einer einheitlichen, auskömmlichen Finanzierung aller Träger seit Jahren angemahnt und dringend überfällig.

Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit arbeiten heute mit den Schulen und den Sportvereinen vernetzt zusammen. Insgesamt kann so den vielen Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt entgegengewirkt werden. Insbesondere bei den 25 % aller Kinder und Jugendlichen, die von Hartz IV leben müssen, für die Kinder- oder Jugendhäuser ein zweites Zuhause sind. Die Einrichtungen tragen wesentlich zu einer Verbesserung der Lebensumstände von Kinder und Jugendlichen bei und damit auch zur Erhaltung des so oft beschworenen sozialen Friedens in der Stadt.

Eine Zuschusserhöhung erfolgte letztmalig in 2016. Die damals gewährte Erhöhung diente dem rückwirkenden Ausgleich der tarifbedingten Lohnkostensteigerungen der Jahre 2012 bis 2014. Seit 2015 hat es erneut tarifbedingte Personalkostensteigerungen gegeben. Diese waren 2,4 % in 2015, 2,4 % in 2016, 2,35 % in 2017 und 3,19 % in 2018 und werden 2019 um weitere 3,09 % steigen. Bei Bruttopersonalkosten in 2014 in Höhe von 55.000 € für eine 100%-Stelle kostet diese Stelle in 2019 rund 62.800 €, also rund 14,2 % oder 7.800 € mehr als in 2014.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 30.08.2018 einen Antrag an die Stadtverordneten gestellt, die Zuschüsse für die freien Träger im Budgetbereich Jugendhilfe ab 2019 um 1,96 Mio. € zu erhöhen und diese Mittel zusätzlich in den Haushalt einzustellen. Hierdurch würden das Zuschussdefizit seit 2015 kompensiert werden, eine zukunftsorientierte Lösung wäre dies jedoch nicht. In seiner Antragsbegründung vom 30.08.2018 (E231) erklärt der Jugendhilfeausschuss:

„Ausbleibende Zuschusserhöhungen werden absehbar schon ab 2019 eine Reduzierung der Angebote und eine Kürzung der Öffnungszeiten zur Folge haben und es wird über die Aussetzung der Rahmenstandards zu diskutieren sein.“

Diese für die Frankfurter Kinder und Jugendlichen negative Entwicklung besorgt den Frankfurter Jugendring mit seinen 29 Verbänden und die freien Träger der Jugendhilfe.

Aktuelle Meldungen sowie Flyer zu Protestveranstaltungen, auf denen auch die teilnehmenden und unterstützenden Organisationen erscheinen, sind auf den digitalen Seiten des Frankfurter Jugendrings unter

<https://frankfurterjugendring.de>

<https://www.facebook.com/frankfurt.jugendring>

https://twitter.com/Jugendring_FFM

und unter dem Hashtag [#tag_der_geschlossenen_tuer](#) in den verschiedenen sozialen Netzwerken zu finden.

Christian Telschow

Stellv. Vorsitzender

FRANKFURTER JUGENDRING